

**Niederschrift**  
**Öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**  
**DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**  
**DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 25.11.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	09:09 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	17:07 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

**Anwesend sind:**

**vom Haupt- und Finanzausschuss:**

Herr Schaker Hussein - SPD	
Herr Roger Pfalz - CDU	
Herr Steffen Rink - SPD	
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	Vertretung für: Herrn Göttling, Dietmar
Herr Jan Sollwedel - B90/Die Grünen	Vertretung für: Frau Dr. Neuwöhner, Elke
Herr Wieland Stötzel - CDU	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - MBL	Vertretung für: Herrn Becker, Reinhold
Frau Marianne Wölk - SPD	

**weitere Stadtverordnete:**

Herr Mathias Range - CDU	
Frau Karin Schaffner, CDU	
Herr Stefan Schartner - FDP	
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Herr Reinhold Becker - MBL	entschuldigt
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	entschuldigt
Frau Dr. Elke Neuwöhner - B90/Die Grünen	entschuldigt

**vom Magistrat:** Oberbürgermeister Vaupel, Bürgermeister Dr. Kahle,  
Stadträtinnen Dr. Weinbach und Oppermann

**vom Ausländerbeirat:** ---

**vom Seniorenbeirat:** ---

**vom Kinder- und  
Jugendparlament:**

---

**von der Verwaltung:**

die Herren Hofmann und Finger, Frau Tripp (Fachbereich  
Zentrale Dienste), Herr Fehlinger und Herr N. Rausch  
(Prüfungsamt), Herr Preis und Frau Krüger (Finanzservice)

**TOP 1      Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2015/2016 mit den Fachausschüssen  
Vorlage: VO/3606/2014**

Der Ausschuss berät im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt die Produkte des Dezernates I (Stabsstellen, Fachbereich 1 „Zentrale Dienste“ und Fachbereich 3 „Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz“). Mit dem Finanzhaushalt wird jeweils der entsprechende Teil der Mittelfristigen Finanzplanung für den Zeitraum 2014 bis 2018 aufgerufen.

Neben den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses sind anwesend:

Von der Verwaltung sind anwesend:

Frau Winter (Stabsstelle für die Gleichberechtigung von Frau und Mann), Frau Dr. Engel (Stabsstelle Altenplanung), Frau Kossel, Herr Weiershäuser (Fachdienst Technische Dienste), Frau Preisler (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Herr Sprenger (Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung), Herr Brinkmann (Kasse und Buchhaltung), Frau Dr. Pöttgen (Rechtsservice), Herr Backes (Sportamt), Frau Linda (Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz), Frau Werner und Herr Rösler (Fachdienst Brandschutz).

Ebenfalls anwesend ist Herr Hövel (Geschäftsführer Marburg Tourismus- und Marketing GmbH).

Die Frage nach der Nutzung des Naturwissenschaftlichen Technologiezentrums (NTZ) kann in der Sitzung nicht beantwortet werden. Die Antwort ist dem Protokoll beigefügt (Anlage 1).

Die Erläuterungen zu den Kennzahlen im Fachbereich 3 „Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz“ sind dem Protokoll beigefügt (Anlage 2).

Nach einer Pause von 11:07 bis 11:15 Uhr tagt der Haupt- und Finanzausschuss zusammen mit dem Schul- und Kulturausschuss.

Neben den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses und den bereits genannten Stadtverordneten sind folgende Stadtverordnete zusätzlich anwesend:

Herr Brunnet, Herr Köster-Sollwedel, Frau Röhrkohl, Frau Dr. Therre-Staal.

Von der Verwaltung sind zusätzlich anwesend:

Frau Kohl-Hofmann, Frau Friebertshäuser (Fachdienst Schule), Frau Fritz-

Schäfer und Herr Ziech (Fachdienst VHS), Herr Hölzer (Stadtbücherei), Herr Dr. Laufner und Herr Schneider (Fachdienst Kultur), Frau Klinge und Herr Th. Schmidt (Stadthallenverwaltung), Herr Klinge (Bäderverwaltung).

Die Ausschüsse beraten gemeinsam die Produkte des Fachbereichs 2 „Schule, Bildung, Kultur, Freizeit“ im Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt.

Nach einer Pause von 12:10 bis 12:25 Uhr berät der Haupt- und Finanzausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Besprechungsraum der Organisationsabteilung die Personalkosten und den Stellenplan.

Neben den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses sind folgende Stadtverordnete zusätzlich anwesend:

Frau Suntheim-Pichler und Herr Seitz.

Von der Verwaltung sind zusätzlich anwesend:

Herr Hofmann (Fachbereichsleiter Zentrale Dienste) Frau Feußner und Herr Finger (Personal-, Organisations- und Teilnehmungsmanagement), Herr N. Rausch (Prüfungsamt).

Nach der Mittagspause tagt der Haupt- und Finanzausschuss ab 14:04 Uhr gemeinsam mit dem Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften sowie dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr.

Neben den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses und den bereits genannten Stadtverordneten sind vom Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften sowie vom Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr folgende Stadtverordnete anwesend:

Frau Dr. Lindemann, Herr Brunnet, Herr Jannasch, Frau Dr. Therre-Staal, Frau Bauder-Wöhr, Frau Dr. Perabo, Herr Dr. Wiegand, Herr Heck, Herr Köster-Sollwedel, Herr Selinka

Von der Verwaltung sind zusätzlich anwesend:

Herr J. Rausch (Fachbereichsleiter Planen, Bauen, Umwelt), Herr Engelbach (Tiefbau), Herr Ruth (Bauverwaltung und Vermessung), Herr Kulle und Frau Schmedes (Stadtplanung), Frau Kröpelin und Frau Becker (Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr), Herr Kutsch und Herr Pache (Hochbau), Frau Kühn, Frau Becker und Frau Kempf (Stadtgrün, Klima- und Naturschutz), Frau Heinz und Herr Froch (Umwelt, Fairer Handel und Abfallbeseitigung).

Die Ausschüsse beraten gemeinsam die Produkte im Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt des Fachbereichs 6 „Planen, Bauen, Umwelt“.

Nach einer Pause von 16:10 bis 16:20 Uhr tagt der Haupt- und Finanzausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen sowie dem Jugendhilfeausschuss.

Neben den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses und den bereits genannten Stadtverordneten sind folgende Stadtverordnete vom Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen sowie dem Jugendhilfeausschuss anwesend:

Frau Adsan, Herr Muth, Frau Dr. Lindemann, Herr Selinka, Herr Severin.

von der Verwaltung sind zusätzlich anwesend:

Herr W. Schmidt (Wohnungswesen), Herr Zentner (Arbeitsgelegenheiten, Verbundausbildung, Jugendberufshilfe), Herr P. Schmidt (Fachbereichsleiter Arbeit, Soziales und Wohnen) Frau Hühnlein und Herr Engler (Soziale Leistungen), Herr Meineke (Fachbereichsleiter Kinder, Jugend, Familie), Frau Stein und Frau Lambrecht (Kindertagesbetreuung), Frau Munz-Weege und Frau Hofmann (Jugendförderung) Herr Wege (Zentrale Jugendhilfedienste), Herr J. Schmidt (Soziale Dienste).

Vom Stadtkirchenamt ist Herr Manz anwesend.

Die Ausschüsse beraten gemeinsam die Produkte der Fachbereich 4 „Arbeit, Soziales und Wohnen“ und 5 „Kinder, Jugend, Familie“ im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt.

Alle gestellten Fragen werden beantwortet. Weiterführende Erläuterungen werden mit dem Protokoll nachgereicht.

## **TOP 2    Verschiedenes**

Es liegt nichts an.

**Marburg, 28.11.2014**

**Vorsitzender:**



**Roger Pfalz  
Stadtverordneter**

**Protokoll:**

**Petra Krüger**

Anlagen

**Nutzung des Naturwissenschaftlichen Technologiezentrums (NTZ)**

Nach Auskunft der Stadtwerke Immobilien GmbH beträgt die Gesamtmietfläche des NTZ 1.764 m<sup>2</sup>.

Davon sind:

1.387 m<sup>2</sup> vermietbare Nutzfläche und  
377 m<sup>2</sup> Verkehrs-, Sanitärflächen und abgeschlossene Flure (die auf die Nutzflächen umgelegt werden).

Von den

1.764m<sup>2</sup> Gesamtmietfläche werden derzeit  
1.213 m<sup>2</sup> zweckorientiert genutzt  
233 m<sup>2</sup> ehem. Tierstallfläche werden zusätzlich zweckentfremdet als  
Lagerfläche genutzt  
Ungenutzt sind aktuell 318m<sup>2</sup>

Bezogen auf die Art der Flächen sieht die Auslastung wie folgt aus:

Büroflächen zu 100%,  
Laborflächen zu 93%  
Geräte- und sonstigen Flächen zu 33%

Die Auslastung liegt damit bezogen auf die Gesamtmietfläche bei 82%.

### **Kennzahlen Fachbereich 3 „Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz“**

Betreffend Produkt 332010 „Ausländerwesen“, Kennzahlen „Versagung aufenthaltsrechtlicher Genehmigungen, Aufenthaltsbeendigungen“ und „Abgabe und Einholung von Stellungnahmen in Einbürgerungs- und Arbeitsgenehmigungsverfahren“:

Sofern ausländische Staatsangehörige nicht (mehr) die Voraussetzung für die Erteilung bzw. Verlängerung von Aufenthaltstiteln erfüllen, sind die Ausländerbehörden verpflichtet, entsprechende Anträge schriftlich abzulehnen.

Aufgrund der daraus entstehenden Ausreiseverpflichtung, werden die Betroffenen aufgefordert, das Bundesgebiet freiwillig zu verlassen.

Die Anzahl der notwendig werdenden Versagungsverfügungen ist nicht vorhersehbar.

Im Vergleich der Jahre 2012 mit 2013 ist festzustellen, dass die Anzahl der Versagungsverfügungen sich mehr als verdoppelt hat (von 18 auf 43). Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass eine ganze Gruppe von ausländischen Staatsangehörigen, die im Bundesgebiet studieren wollten, die erforderlichen Feststellungsprüfungen des Studienkollegs nicht bestanden und die maximal zulässige Dauer der Studienvorbereitung erheblich überschritten hatten.

Nicht alle Versagungen aufenthaltsrechtlicher Genehmigungen bzw. Aufenthaltsbeendigungen führen dazu, dass die Betroffenen das Land verlassen müssen.

Personen, die zwar vollziehbar zur Ausreise aus dem Bundesgebiet verpflichtet sind, ihrer Ausreiseverpflichtung aber nicht freiwillig nachkommen und eine Abschiebung (z.B. wg. unklarer Identität u. Staatsangehörigkeit, Nichtbesitz erforderlicher Heimreisepapiere, vorübergehender Reiseunfähigkeit) aktuell nicht möglich ist, werden im Bundesgebiet geduldet. Die DULDUNG ist kein Aufenthaltstitel, sondern stellt lediglich eine Aussetzung der aktuell nicht möglichen Abschiebung dar. Geduldete Personen halten sich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet auf.

Mit steigenden Asylbewerberzahlen steigt auch die Zahl derer, denen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kein Schutzstatus zugebilligt worden ist und die durch den Bundesamtsbescheid somit vollziehbar ausreisepflichtig geworden sind. An diese asylrechtlichen Entscheidungen sind die Ausländerbehörden gebunden. Gerade bei diesem Personenkreis, der oftmals nicht (mehr) im Besitz von Identitätspapieren ist, muss festgestellt werden, dass kein Interesse an einer Rückkehr in das Heimatland und somit auch nicht an einer Mitwirkung zur Aufklärung von Identität und Staatsangehörigkeit zum Zweck der Beschaffung erforderlicher Rückreisedokumente besteht.

Die Entscheidung über die Erteilung von Duldungen obliegt in diesem Fall der zentralen Ausländerbehörde beim Regierungspräsidium Gießen, die Ausführung (Ausstellung der Duldung) obliegt jedoch den örtlichen Ausländerbehörden des jeweiligen Wohnortes. Die Zahl der erteilten bzw. verlängerten Duldungen hat sich im betreffenden Zeitraum mehr als verdoppelt (von 78 auf 183) und trägt somit erheblich zu den gestiegenen Fallzahlen bei.

Bei dem Produkt 332140 "Straßenreinigung" ist der Rückgang bei den illegalen Plakatierungen zu begründen.

Die Kontrollen und eingeleiteten Ordnungswidrigkeitsverfahren haben dazu geführt, dass die Zahl der festgestellten illegalen Plakatierungen sich verringert hat.